

Protokoll

der Bürgersprechstunde von Herrn Oberbürgermeister Dr. Kornblum im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach am Mittwoch, 10. Januar 2023 um 17:00 Uhr in der Grundschule Waggum.

Herr Oberbürgermeister Dr. Kornblum begrüßt die in etwa vierzig Anwesenden, insbesondere die Bezirksbürgermeisterin Frau Lerche und stellt die anwesenden Vertreter der Verwaltung vor. Von der Verwaltung sind anwesend Herr Stadtbaurat Leuer (Dez. III Stadtplanungs-, Verkehrs, Tiefbau- und Baudezernat), Herr Kühl (FBL 60 Bauordnung und Zentrale Vergabestelle), Herr Herlitschke (Dez. VIII Umwelt, Stadtgrün, Sport und Hochbaudezernat), Herr Albinus (Dez. V Sozial-, Schul-, Gesundheits- und Jugenddezernat) und Herr Bergmann (Ref. 0103) als Protokollführer.

Im Anschluss an einige grundsätzliche Worte zur Situation der Stadt Braunschweig im Rahmen der allgemeinen Krisengeschehen erläutert der Oberbürgermeister den Ablauf der Bürgersprechstunde.

Zuständig Dez. III, FB 66

Herr Dr. Kornblum ruft zunächst die Personen auf, die sich mit einer Frage bzw. einem Thema im Vorfeld angemeldet hatten.

Nutzungsuntersagung zu Wohnzwecken

Eine Bürgerin erläutert, dass sie ein Gebäude saniert hat und dieses gern vermieten würde, insbesondere in dieser Zeit, in der bspw. auch Wohnraum für Geflüchtete gesucht wird. Ihr wurde für dieses Grundstück eine Nutzungsuntersagung angedroht. Herr Kühl erläutert, dass es sich bei der Maßnahme um ein nichtgenehmigungsfähiges Vorhaben im Außenbereich handelt. Zur Unterbringung von Geflüchteten werden eher andere Unterkunftsmöglichkeiten gesucht. Herr Kühl verweist darauf, dass die angekündigte Nutzungsuntersagung bereits eine großzügige Übergangsfrist vorsieht. Zunächst aber ist für den morgigen Tag (12.1.2023) ein Termin zur weiteren Abstimmung und Erläuterung mit der Bürgerin im Fachbereich angesetzt.

Zuständig Dez. III, FB 60

Geplante Feuerwache Nord

Ein Bürger fragt wie der Stand der geplanten Feuerwache Nord ist. Er hat über die Pläne der Errichtung der Südwest-Wache gelesen und fragt mit Bezug auf das Gutachten aus 2017 nach dem Stand der Feuerwache Nord. Herr Dr. Kornblum erläutert die entsprechende Priorisierung, die sich aus dem Feuerwehrbedarfsplan aus 2017 in Verbindung mit dem dazugehörigen Gutachten ergibt. Herr Herlitschke erklärt die aktuell erfolgenden sukzessiven Schritte der Umsetzung, weil die personellen und finanziellen Ressourcen nicht für einen zeitgleichen Neubau ausreichen. In diesem Zusammenhang wird ein Neubau der Feuerwache Nord erfolgen, allerdings derzeit noch ohne konkreten Zeithorizont. Der Bürger verweist diesbezüglich auf das vorgegebene Rettungsziel von neuneinhalb Minuten. Herr Dr. Kornblum erläutert, dass für den Zielerreichungsgrad auch allgemeine Rettungsdienste in Betracht gezogen werden und das Ziel somit nicht an eine Feuerwache im Norden geknüpft ist. An dieser Stelle bittet eine Bürgerin eine Zwischenbemerkung machen zu dürfen. Sie

erklärt, dass seit der geänderten Verkehrsführung anlässlich des Flughafenausbaus das Rettungsziel im Norden nicht erreicht wird. Das habe auch der Verkehrsgutachter WVI festgestellt und sei in den folgenden Gutachten nicht mehr darauf eingegangen. Ihr gegenüber haben das auch Feuerwehrleute bzw. Rettungssanitäter bestätigt. Herr Dr. Kornblum bedauert, dass der Aspekt der Rettungszielerreichung der Fragestellung im Vorfeld nicht zu entnehmen war. Eine Beantwortung hätte dann ggf. durch den zuständigen Feuerwehrdezernenten erfolgen können. Herr Dr. Kornblum sichert zu, den Sachverhalt im Nachgang überprüfen zu lassen.

Zuständig Dez. VII, FB 37

Bogenschießplatz Waggum

Ein Bürger fragt nach dem Sachstand zum Bogenschießplatz am Fröbelweg in Waggum. Er schildert, dass es seitens des Vereins positive Kontakte zur Flughafengesellschaft gibt. Der Schützenverein ist auf der Suche nach einer Fläche in unmittelbarer Nähe des Schützenheims. Herr Herlitschke erklärt, dass seitens der Verwaltung eine andere Wahrnehmung zur Verfügbarkeit und Abgabebereitschaft des Grundstücks seitens der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH vorliegt. Der Bürger bestätigt, dass der ursprünglich angefragte Zeitraum von 10 Jahren tatsächlich abgelehnt wurde. Dieser ist für den Verein aber von essentieller Bedeutung, weil Zuschüsse des Landessportbundes zur Projektförderung eine Verfügbarkeit über das Grundstück für diese Mindestlaufzeit voraussetzen. Herr Herlitschke schlägt vor ein Gespräch mit der neuen Referatsleitung des Sportreferates zu initiieren.

Zuständig Dez. VIII, Ref. 0670

Lärmschutz an der Regionalbahnstrecke Braunschweig – Gifhorn

Ein Bürger fragt, was die Verwaltung zum Lärmschutz der Anwohner an der Bahnstrecke Braunschweig-Gifhorn (RB47) in Folge der erhöhten Taktfrequenz plant und unternimmt. Durch die Taktverdopplung auf den 30-Minuten-Takt hat der Schienenlärm zugenommen. Er befürwortet Mobilität, fragt sich aber welches Schutzbedürfnis die Verwaltung für seine Bürgerinnen und Bürger sieht. Herr Dr. Kornblum erläutert, dass die Infrastruktur des Öffentlichen Nahverkehrs gerade im aktuellen Kontext des Klimawandels eine hohe Bedeutung besitzt. Gleichwohl steht das Wohl der Bürgerinnen und Bürger dem nicht nach. Herr Leuer erklärt, dass sich die Stadt Braunschweig im Gesamtverfahren für den Lärmschutz eingebracht hat, allerdings liegen die Bahnübergänge in der Zuständigkeit der Deutschen Bahn. Der Bürger wird von der Stadt Braunschweig zunächst eine schriftliche Antwort auf seine aktuellen Fragen erhalten. Ein weiterer Bürger bittet eine Zwischenbemerkung machen zu dürfen. Die Strecke ist schwach ausgelastet, nachts fährt niemand, die Strecke ist für die Bahn nicht wirtschaftlich. Der Bürger ergänzt, dass er den Stundentakt für ausreichend hält und es auch zwischen dem Regionalverband und der Bahn unterschiedliche Auffassungen über die Taktung gibt. Herr Dr. Kornblum knüpft an seine Eingangsworte an und unterstreicht nochmals die Bedeutung des Nahverkehrs auch für pendelnde Personen und Braunschweig als Einkaufsstadt. Im Rahmen der Daseinsfürsorge wird sich das Angebot nicht einzig an der Nachfrage orientieren. Die Stadt wird sich weiterhin für Verbesserungen einsetzen, insbesondere für den Wegfall der Pfeifsignale an den bislang ungesicherten Bahnübergängen.

Zuständig Dez. III, FB 66

Laubbeseitigung Pappelallee

Eine Bürgerin klagt über den hohen Laubfall in der Straße Pappelallee in Bienrode und fragt, wer die Reinigung vornimmt. Darüber hinaus liegt viel Laub auf dem benachbarten Spielplatz. Herr Leuer erläutert, dass die Straßenreinigungsverordnung mit der Reinigungsklasse IV (Ü) eine 14-tägige Reinigung der Anlieger in der Pappelallee vorsieht.

Allerdings ist kürzlich eine einmalige Sonderreinigung des Dienstleisters ALBA erfolgt, die jährlich in Straßen mit hohem Laubfall durchgeführt wird. Herr Herlitschke ergänzt, dass es sich bei dem Spielplatz um ein städtisches Grundstück handelt. Das Grundstück wird vom Fachbereich Stadtgrün und Sport betreut und wurde im Zuge der Eingabe/Frage der Bürgerin vom Laub befreit. Eine Bürgerin ergänzt mit einer Zusatzfrage, dass auch an der Straße An der Wabe viel Laub fällt. Ist es nicht möglich wie in anderen Kommunen sog. „Big Bags“ aufzustellen, die befüllt werden können? Herr Leuer erklärt, dass dieser Vorschlag in die anstehenden Gespräche mit dem Dienstleister ALBA aufgenommen werden kann.
Zuständig Dez. III, Ref. 0660

Internetauftritt Leichte Sprache

Ein Bürger fragt, ob für die „leichte Sprache“ auf der Internetseite noch zusätzliches Personal eingestellt wird. Herr Dr. Kornblum erläutert, dass „leichte Sprache“ ein zusätzliches Angebot im Rahmen eines wirtschaftlichen Ressourceneinsatzes im Internetauftritt der Stadt Braunschweig ist.

Eine Bürgerin wird aufgerufen. Sie ist nicht anwesend.

Herr Dr. Kornblum erläutert, dass, sofern Personen mehrere Fragen eingereicht haben, ggf. nicht alle Fragen in der Sprechstunde beantwortet werden können. Zunächst sollen alle Personen mit eingereichten Fragen zumindest die Möglichkeit für eine Frage haben.

Spiel- und Jugendplatz „Vor den Hörsten“

Eine Bürgerin fragt, wann der Spielplatz „Vor den Hörsten“ in Waggum entsteht, die AnwohnerInnen warten schon seit vier Jahren. Herr Herlitschke erklärt, dass der Spielplatz in diesem Jahr in die Umsetzung kommen soll. Eine weitere Bürgerin bedauert, dass es statt Bolzplatz jetzt "lärmunkritische Spielgeräte" geben soll (eine Drehscheibe, eine Tischtennisplatte und eine Reckstange). Das alles regt die Jugend leider kaum zu mehr Bewegung an. Wird das angenommen? Herr Herlitschke erläutert, dass Spielplätze baurechtlich privilegiert sind, Jugendplätze dagegen nicht. Die Errichtung eines Bolzplatzes ist an dieser Stelle nicht rechtssicher. Herr Herlitschke geht davon aus, dass das geplante Angebot angenommen wird. Herr Albinus ergänzt aus der Sicht des Jugendamtes, dass eine Beteiligung erfolgen und Jugendliche befragt werden sollen, um insgesamt ein austariertes Angebot zu schaffen. Frau Lerche berichtet von den Bemühungen des Bezirksrates aus der gestrigen Sitzung, eine Lösung für einen Bolzplatz auf den Weg zu bringen. Eine dritte Bürgerin fragt, warum nicht eine zusätzliche Lärmschutzwand wie im B-Plan vorgesehen errichtet wird? Herr Herlitschke verdeutlicht, dass eine Prüfung in dieser Richtung die Umsetzung deutlich um Jahre verzögern würde. Die Bürgerin erklärt in Bezug auf Ihre Eingangsfrage, dass Sie und zahlreiche andere AnwohnerInnen glücklich wären, wenn der von der Stadt in Aussicht gestellte Umsetzungsbeginn in 2023 erfolgen würde.

Zuständig Dez. VIII, Ref. 0617 und Dez. V, FB 51

Geschwindigkeitsreduzierung Forststraße

Die Bürgerin wohnt an der Forststraße (Nr. 4) und beklagt sich, dass Fahrzeuge insbes. stadtauswärts viel zu sehr rasen, weil sie aus dem reduzierten Bereich der Bevenroder Straße kommend nach der Kreiselausfahrt regelrecht Geschwindigkeit aufnehmen. Ist nicht auch hier eine Reduzierung auf 30 km/h möglich? Herr Dr. Kornblum erläutert, dass sich die Stadt generell für mehr kommunale Rechte für Tempo 30 einsetzt. Dazu wird derzeit auf Landesebene eine politische Diskussion geführt. Herr Leuer ergänzt, dass die Geschwindigkeitsregelung innerorts abschließend in der Straßenverkehrsordnung geregelt ist (Tempo 50). Es gibt einen Kriterienkatalog, der eine Reduzierung auf 30km/h rechtfertigt. Im konkreten Fall gibt es keinen Tatbestand, der diese Geschwindigkeitsreduzierung rechtfertigt. Herr Leuer erklärt, dass die Einschätzung der Polizei zu einem

Unfallschwerpunkt abgefragt wird. Zudem wird auch die vorübergehende Installation eines Geschwindigkeitsmessdisplays initiiert.

Zuständig Dez. III, FB 66

Radweg zwischen Hondelage und Bevenrode

Ein Bürger fragt nach dem Radweg auf der Straße zwischen Hondelage und Bevenrode (K31). Herr Leuer erläutert, dass die Straße zu schmal für einen Ausbau mit Radweg ist. Da eine bauliche Lösung nicht gegeben ist, wurde die Geschwindigkeit auf Tempo 50 reduziert. Diese Reduzierung stellt für Fahrradfahrende eine geeignete Lösung dar.

Radweg von Bevenrode nach Grassel

Ein Bürger fragt, ob der Radweg von Bevenrode nach Grassel realisiert werden kann? Natürlich würde davon auch Grassel profitieren aber auch für Braunschweig hat die Verbindung einen Mehrwert. Herr Dr. Kornblum erläutert, dass es sich bei der betreffenden Straße um eine Landesstraße in der Zuständigkeit des Landes Niedersachsen handelt. Dieses ist für Planung, Bau und Unterhaltung zuständig. Herr Dr. Kornblum erläutert, dass er mit dem Landkreis Gifhorn in Person von Landrat Heilmann in Verbindung steht, um zu prüfen, welche Möglichkeiten vorliegen.

Zuständig Dez. III, FB 66

In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit, bittet Herr Dr. Kornblum nunmehr um weitere Frage aus dem Kreis der Anwesenden.

Kita Bienrode

Ein Bürger hat keine konkrete Frage, gibt aber den Hinweis, dass in Bienrode seitens der Propstei ein Grundstück zur Verfügung steht, dass die Voraussetzungen der Stadt Braunschweig bei der Suche nach einem geeigneten Grundstück für die Kindertagesstätte erfüllt.

Zuständig Dez. VII, FB 20 / Dez. V, FB 51

Bahnübergang Grünewaldstraße

Eine Bürgerin fragt zum Stand des Bahnüberganges Grünewaldstraße. Es gibt erhebliche Bedenken der IGS Franzshes Feld zur Fortführung des Schwimmunterrichts im Bad Gliesmarode. Herr Leuer erklärt, dass die Prüfung im 1. Quartal 2023 abgeschlossen sein wird. Planungsbehörde ist die Deutsche Bahn AG.

Herr Dr. Kornblum bedauert nicht alle Fragen beantworten zu können, muss die Bürgersprechstunde nunmehr aufgrund eines Folgetermins beenden. In der Bürgersprechstunde nicht beantwortete Fragen werden schriftlich beantwortet.

Ein Bürger wird seine Frage ggf. schriftlich stellen bzw. im Nachgang mit Herrn Leuer erörtern.

Bedarf Kindergartenplätze in Waggum

Eine Bürgerin übergibt Herrn Dr. Kornblum eine schriftliche Frage zum Bedarf an Kindergartenplätzen in Waggum. An einen kleinen Auszug aus dem dem B-Plan „Vor den Hörsten“ angefügt, fragt Frau Jenzen, wo der Bedarf geblieben ist?

Zuständig, Dez. V, FB 51

Von Anwesenden schriftlich eingereichte und unbeantwortete Fragen:

Fahrradfahren in Braunschweig

Ein Bürger fragt:

Fahrradfahrer in BS. Kann die Stadtverwaltung nicht mal eine Kampagne starten und die Leute aufklären? Herr Möhle klagt (als Vielradfahrer), dass die Verwaltung viel unternimmt um Radfahrern zusätzliche Rechte im Straßenverkehr zu geben, aber die Radfahrenden zunehmend Ihre Pflichten vernachlässigen.

Zuständig, Dez. III, FB 66

Parkplatzsituation Friedhof Bevenrode

Ein Bürger fragt:

Immer wieder kommt es zu gefährlichen Situationen durch parkende Autos auf dem Radweg vor dem Friedhof Bevenrode. Hier ist dringend Abhilfe geboten.

PS: nicht nur ein Verbot auf dem Radweg sollte gekennzeichnet werden, sondern auch eine Kennzeichnung / Parkfläche für Besucher fehlt. Gerade bei Beerdigungen, wird gerne aus Mangel, der "gesamte" Radweg hoch und runter geparkt. Frage: Wie ist hier der Stand?

Zuständig Dez. III, FB 67

Herr Oberbürgermeister Dr. Kornblum bedankt sich bei den Anwesenden und beendet die Bürgersprechstunde um 18:45 Uhr.

I. A.

Gez.

Bergmann

Verteiler

Dez. III

Dez. V

Dez. VII

Dez. VIII

FB 20

FB 37

FB 51

FB 66

FB 67

Ref. 0617

Ref. 0660

Ref. 0670